Wege. Die Abstimmungen in den verschiedenen ILO-Gremien fielen sehr deutlich aus. Dennoch sieht man am Genfer Sitz der ILO der Auseinandersetzung unter den 150 Mitgliedstaaten, wie sich Anspruch und Wirklichkeit verbinden lassen, mit einiger Sorge entgegen. *Pierre Simonitsch* □

UNFPA sagt Ende des Wachstums der Weltbevölkerung für 2095 voraus — Arbeitsemigration und internationale Wanderungsbewegung (34)

(Dieser Beitrag setzt den Bericht in VN 4/1982 S.140 fort.)

Eltern in Entwicklungsländern haben kleinere Familien — aber bis zum Ende des Anwachsens der Weltbevölkerung muß noch ein weiter Weg zurückgelegt werden, betont der diesjährige ›Bericht zur Lage der Weltbevölkerung‹ des Fonds der Vereinten Nationen für Bevölkerungsfragen (UNFPA).

Jede Frau in der Dritten Welt hat heute durchschnittlich fünf Kinder, verglichen mit zwei Kindern bei Frauen in den entwickelten Ländern. Die Weltbevölkerung wird — so der Bericht — nur dann zu wachsen aufhören, wenn die Familiengröße in den Entwicklungsländern jener der reichen Länder entspricht. Es gibt hoffnungsvolle Anzeichen dafür, daß dies geschehen könnte: Die Größe der Familien ist zurückgegangen. Und wenn die gegenwärtige Abnahmetendenz anhält, wird die Weltbevölkerung schließlich um das Jahr 2095 zu wachsen aufhören. Dann wird es etwa 10,2 Mrd Menschen geben. Die große Frage wird sein, wie dieser Trend zur Verringerung des Anwachsens der Bevölkerung erhalten werden kann — eine Frage, mit der sich die Internationale Bevölkerungskonferenz zu befassen hat, die nächstes Jahr in Mexiko stattfinden wird.

Weit oben auf der Tagesordnung wird auf dieser Veranstaltung die Frage der Säuglings- und Kindersterblichkeit stehen, ein Thema, das in engem Zusammenhang mit der Geburtenrate steht; denn Eltern wünschen sich oft größere Familien, weil sie glauben, daß einige ihrer Kinder sterben werden. Der Bericht 1983 enthält Details über bedeutende Fortschritte auf diesem Gebiet. In den dreißig Jahren bis 1980 ist die Säuglingssterblichkeit in den Entwicklungsländern von 164 Todesfällen je 1000 Lebendgeburten auf etwa 100 gefallen. Sie liegt heute bei etwa 90.

Durchschnittszahlen verbergen allerdings Mißerfolge. Es gibt noch immer Länder, für die die Zahlen um 150 liegen. Im Weltbevölkerungs-Aktionsplan, von der Internationalen Bevölkerungskonferenz 1974 verabschiedet, wurde empfohlen, die Säuglingssterblichkeit in diesen Ländern bis 1985 auf 120 zu reduzieren. Der vorliegende Bericht sagt jedoch aus, daß bei gleichbleibenden Trends wenig Aussicht auf Verwirklichung dieser Hoffnungen besteht. Der Bericht weist auch darauf hin, daß sich für die Entwicklungsländer der Rückgang der Säuglingssterblichkeit generell während der siebziger Jahre verlangsamt hat.

Neben der tatsächlichen Größe von Familien untersucht der Bericht auch die ›gewünschte Familiengröße‹. Ein Überblick über 20 Entwicklungsländer zeigt, daß durchschnittlich drei bis fünf Kinder gewünscht werden. Es scheint somit, daß die Eltern in vielen Ländern ein bis zwei Kinder mehr haben, als sie eigentlich wünschen. Dies kann als Anzeichen für einen nicht erfüllten Bedarf an Familienplanung gelten.

Der Bericht gibt drei Empfehlungen:

- Die Säuglingssterblichkeit soll weiter reduziert werden.
- Alle Paare sollten Zugang zu Familienplanungsinformationen und -diensten haben.
- Die Idee kleinerer Familien sollte propagiert werden (jedoch stets in Übereinstimmung mit kulturellen und religiösen Werten).

Der Bericht behandelt auch die Ernährungsaussichten der künftigen Weltbevölkerung. Obwohl es in der Welt genug Lebensmittel geben mag — die Situation kann sich bis zum Jahr 2000 sogar verbessern —, besteht für einzelne Nationen Grund zu ernster Besorgnis. Eine neue gemeinsame Studie des UNFPA und der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) hat das Potential zur Lebensmittelerzeugung in 117 Entwicklungsländern untersucht. Sie kommt zu der Erkenntnis, daß um das Jahr 2000 65 Länder nicht in der Lage sein werden, ihre Bevölkerung aus der eigenen geringen Agrarproduktion zu ernähren. Insgesamt hätten diese Länder 441 Mill mehr Menschen, als sie mit ihrer Lebensmittelproduktion ernähren könnten. Selbst unter Einsatz von Kunstdünger und Pestiziden auf breiter Basis wäre es in 19 Ländern nicht möglich, im Jahr 2000 eine dem Bedarf entsprechende Produktion zu betreiben. All dies stützt sich auf die prognostizierten 6,1 Mrd Menschen des Jahres 2000. Angesichts des weiteren Anwachsens auf 10,2 Mrd sind die Folgen für die Lebensmittelversorgung kaum auszudenken.

Neben Wachstumsraten erfaßt der Bericht auch nationale und internationale Bevölkerungsbewegungen. Auf nationaler Ebene bereitet die Abwanderung in die großen Städte die größten Sorgen. 1950 war Shanghai die einzige Stadt in den Entwicklungsländern mit mehr als 5 Mill Einwohnern. Bis zum Jahr 2000 wird es 45 solcher Städte geben, die meisten in Asien. Landgebiete verlieren einen Großteil ihrer jungen und besser ausgebildeten Bewohner.

Im internationalen Rahmen beschäftigt sich der Bericht mit dem Problem der Arbeitsemigranten. Sie stellen einen bedeutenden Teil der weltweiten Arbeitskraft, ihre Zu- und Abwanderung jedoch erfolgt meist planlos und unkoordiniert. Viele dieser Wanderarbeiter überschreiten illegal Grenzen, eine Folge von wachsender Arbeitslosigkeit in ihren Heimatländern und von geringem Bedarf an importierten Arbeitskräften in den Gastländern. In Nordamerika gibt es vier bis fünf Millionen Einwanderer ohne offiziellen Status, in Lateinamerika zwei bis drei Millionen, eineinhalb in Europa, eine halbe Million im Mittleren Osten.

Dies sind einige der Fragen, die nächstes Jahr auf der Internationalen Bevölkerungskonferenz behandelt werden. »Sicherlich«, so der Bericht, »läßt sich die gesamte komplexe Bevölkerungsproblematik als Resultat von Entscheidungen einzelner Individuen darstellen.« Die Regierungen hätten aber die Verpflichtung, mit einer angemessenen Gesundheits-, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik den Menschen die Voraussetzungen für ihre Entscheidungen zur Verfügung zu stellen. *Redaktion* □

Verschiedenes

Deutscher Übersetzungsdienst: Ergebnis einer gemeinsamen Initiative der drei deutschsprachigen UN-Mitglieder — Auszug der DDR 1982 — Finanzierung durch Bundesrepublik Deutschland und Österreich fortgeführt (35)

(Vgl. auch: Stephan Jaschek, Deutsch als Sprache der Vereinten Nationen, VN 1/1977 S.18ff.; Ruprecht Paqué, Sprachen und Sprachendienste der Vereinten Nationen, VN 5/1980 S.165ff.)

Die Entscheidung von 1974

Vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen sprechen der Bundesminister des Auswärtigen der Bundesrepublik Deutschland und der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik deutsch. Dies entspricht Regel 57 der Geschäftsordnung: Jeder Delegierte kann eine Rede in einer Sprache halten, die keine Amtssprache der Weltorganisation ist. In diesem Fall muß er selbst fürs Dolmetschen in eine der Arbeitssprachen sorgen, also die Kosten tragen. Diese Arbeitssprachen waren zunächst nur Englisch und Französisch; den gleichen Status erhielt das Spanische 1948, das Russische 1968 und das Chinesische 1973. Amtssprachen sind diese fünf von Anfang an, weil in ihnen gleichermaßen verbindlich die Charta der Vereinten Nationen abgefaßt ist. Seit 1955 gab es einen zunächst kleinen und (außer von 1973 bis 1976) voll aus dem ordentlichen UN-Haushalt finanzierten arabischen Übersetzungsdienst. 1973 ist das Arabische Amts- und Arbeitssprache der Generalversammlung und ihrer Hauptausschüsse geworden, Ende 1982 auch des Sicherheitsrats. Dessen Entscheidung wurde vom Delegierten Jordaniens als »Meilenstein auf dem Wege der Weiterentwicklung des Grundsatzes kultureller Universalität« gepriesen. Es gibt jetzt also sechs Amts- und Arbeitssprachen der Vereinten Nationen, wobei das Sekretariat aus praktischen Gründen intern nur englisch und französisch arbeitet.

Neben den sechs ›Diensten‹ in den genannten Sprachen führt die Übersetzungsabteilung im UN-Sekretariat eine kleine Deutsche Sektion. Am 18. Dezember 1974 hat die Generalversammlung mit Resolution 3355 (XXIX) beschlossen, »daß gemäß Regel 57 der Geschäftsordnung der Generalversammlung die Resolutionen und Beschlüsse der Generalversammlung zusammen mit den anderen Beilagen zu ihrem Offiziellen Protokoll sowie die Resolutionen und Beschlüsse des Sicherheitsrats und des Wirtschafts- und Sozialrats ab 1. Juli 1975 in deutscher Sprache herausgegeben werden«. Deutsch ist zwar keine Amtssprache der Vereinten Nationen, aber seither gibt es offizielle Übersetzungen der Vereinten Nationen von UN-Resolutionen und -Berichten ins Deutsche, die an die offiziellen Depotbibliotheken der DDR, Österreichs und der Bundesrepublik sowie an die drei Außenministerien, die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen in Bonn, den Informationsdienst des Internationalen Zentrums in Wien, Publikationsorgane und zahlende Interessenten verteilt wurden.

Die Generalversammlung hatte in ihrer Resolution vom 18. Dezember 1974 »mit Genugtuung« die von der Deutschen Demokratischen Republik, der Bundesrepublik Deutschland und Österreich gegebene Zusicherung zur